

AGS:NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **Oktober 2008**

seite 1



Vorläufige neue Adresse

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

**in den nächsten Wochen und Monaten,
wenn es auf die Europawahl zugeht, werden wir zunehmend gefragt werden: Was tut Europa für die kleinen und mittelständischen Betriebe? Die Antwort finden Sie in dieser Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN.**

Der „Small Business Act“ – jüngst erst im Europaparlament vereinbart, ist eine EU-Mittelstandsoffensive, wie sie so bisher noch nie stattgefunden hat. Wir empfehlen deshalb dringend, sich dazu die angegebenen Informationsquellen zu eigen zu machen und ggf. darüber auch mit unseren Europaabgeordneten und unseren Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl

ins Gespräch zu kommen. Europa für den wirtschaftlich tätigen Mittelstand zu erschließen – das ist eine wichtige Aufgabe und eine Riesenchance, die es zu ergreifen gilt. Der „Small Business Act“ beinhaltet eine beachtliche Reihe von Maßnahmen, die den KMU dabei helfen werden, den Binnenmarkt voll zu nutzen und internationale Märkte zu erschließen, indem mehr Mittel in die Finanzierung, die Forschung und Entwicklung sowie in die Innovation kleiner Unternehmen fließen. Allerdings: Dabei darf man nicht die Hände in den Schoß legen, sondern muss schon auch selbst aktiv werden. Dazu wünsche ich allen viel Erfolg!



Herzlichst,

Gerhard Teulings

AGS-Landesvorsitzender NRW



AGS BOCHUM BEI DER IHK IHK ZU BOCHUM STELLT ZAHLREICHE ANGEBOTE FÜR UNTERNEHMER VOR

Auf Einladung der IHK zu Bochum informierte sich die AGS Bochum über verschiedene Angebote, die sich insbesondere an kleinere Unternehmen richten.

Nach Vorträgen von Christoph Burghaus, stellv. IHK-Hauptgeschäftsführer, und Stefan Grave, Geschäftsbereich „Unternehmensförderung und Starthilfe“, nahmen Thomas Struck, Vorsitzender der Bochumer AGS und sein Vorstand die wichtige Erkenntnis mit nach Hause, dass die IHK zahlreiche Angebote insbesondere für kleinere Unternehmen bereithält – bis hin zu einem Engagement, das nach einer Intervention bei der Stadtverwaltung letztlich zur Aufhebung eines Parkverbotes vor einem Kiosk führte, sehr zur Freude des Besitzers. Fazit der Veranstaltung: Sehr positiv und informativ für die AGS-Arbeit „vor Ort“. ◀



AGS-Teilnehmer (v.l.): Hartmut Rübenkamp, Jörg Czewickla, Dieter Sprenger, Jürgen Keller, Thomas Struck (vorne), Frank Hoppe (hinten); nicht auf dem Foto: Anke Chnielewski, Hildegard Kirstein, Günter Kirstein. Von der IHK: Christoph Burghaus, stellv. Hauptgeschäftsführer; Stefan Grave, Geschäftsbereich Unternehmensförderung und Starthilfe.

SOMMEREMPFANG DER SPD-LANDTAGSFRAKTION INTERESSANTE GESPRÄCHE, WICHTIGER INFORMATIONSAUSTAUSCH, WEITERE KOOPERATIONEN



Festigten die Kooperation zwischen der SPD-Landtagsfraktion und der AGSNRW: Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion und Gerhard Teulings, AGSNRW-Vorsitzender, im intensiven Meinungsaustausch.



Nutzten den Sommerempfang der SPD-Landtagsfraktion zu einem Informationsaustausch: Dirk Borbart, Pressesprecher der NRWSPD und der AGS-Landesvorsitzende Gerhard Teulings.

AGSNRW-AKTIONSTIPPS DES MONATS

► BETRIEBSBESUCHE

Die örtliche AGS geht in die Betriebe! Interessante Betriebe, die für den jeweiligen Wirtschaftsstandort stehen und/oder besonders originelle Dienstleistungen anbieten oder Produkte erstellen, finden sich rasch und in jeder Region. Der Betriebsbesuch wird in Abstimmung mit dem Unternehmen für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt.

► UNTERNEHMERSGESPRÄCHE AM KAMIN

In lockeren Abständen lädt die AGS zu „Kamingesprächen“ ein: Politische Repräsentanten, Wirtschaftsexperten, -förderer u.a. Die Treffen können jeweils unter einem Schwerpunktthema stehen, aber auch der Kommunikation untereinander dienen.

Kontakt: Gerhard Teulings (teulings1@gelsennet.de)

„RETTET DIE SPARKASSEN“

AKTIONEN DER AGS IN GELSENKIRCHEN UND IN DER REGION AACHEN

Allerorten fanden in den letzten Tagen in NRW Protestaktionen gegen das von der CDU-/FDP-Landesregierung eingebrachte Sparkassengesetz statt. Negativ betroffen ist auch der wirtschaftlich tätige Mittelstand.

Die AGS beteiligte sich deshalb in vielen Städten an den Protestaktionen vor den Sparkassen des Landes. In Gelsenkirchen nahm der AGS-Landesvorsitzende Gerhard Teulings gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und zahlreichen SPD-Vertretern an einer Info-Aktion vor der dortigen Sparkasse teil. In nur zwei Stunden wurden so mehr als 500 Bürgerinnen und Bürger über die Bedrohungen durch das geplante Sparkassengesetz informiert.



SPD und AGS in Gelsenkirchen, hier u.a. mit Heike Gebhard, MdL, und Gerhard Teulings, Landesvorsitzender der AGS in Nordrhein-Westfalen.

17.9.08
Interview

Rettet die Sparkassen

Die NRW-Landesregierung will eine Reform des Sparkassengesetzes bis November 2009 beschließen. Wegen der dann gesetzlich vorgeschriebenen Fusion der Sparkassenverbände, die Anbindung an die WestLB und eine mögliche Privatisierung auf Raten trifft der Entwurf auf erheblichen Widerstand. Nicht nur bei der Opposition, auch bei den Sparkassenverbänden, den Gewerkschaften, den Kirchen, Sozialverbänden und sogar bei Teilen der CDU-Landtagsfraktion und bei vielen CDU-Kommunalpolitikern. Sie befürchten, dass bei einer „Privatisierung durch die Hintertür“ kleine Geschäftsstellen in den Außenbezirken geschlossen werden, ver-

Fortsetzung von Seite 1.

? Profitieren die Gewerbetreibenden auch von Sparkassen-Sponsoring?

Brümmer: Viele Aktionen der Gewerbevereine

André Brümmer.
Foto: privat

? Wieso sind auch Selbstständige betroffen?

Brümmer: Der Erhalt von SK-Filialen in den Nebenzentren wie z.B. Stolberg-Mausbach, Breinig oder Büsbach ist für Handel und Handwerk von existenzieller Bedeutung. Auch die Kreditvergabe für kleine Selbstständige wäre betroffen.

? Ist es nicht egal, ob der Kreditantrag in Breinig oder in Düsseldorf bearbeitet wird?

Brümmer: Nein! Für Handwerk, Gewerbe und Handel wäre nicht mehr der Geschäftskundenberater vor Ort zuständig.

? Wie sieht Ihr Fazit aus?

Brümmer: Die am Gemeinwohl orientierten Sparkassen sind neben den Genossenschaftsban-

der die Betriebe oft über Jahre betreut. Wenn nur noch nach Bilanzen in Düsseldorf oder Frankfurt über Kreditvergaben entschieden wird, bringt das Probleme. Wenn ein Kleinbetrieb mal mit einer Rate in Verzug gerät, kann man sich denken, was passiert, wenn eine „Heuschrecke“ bei den Sparkassen das Sagen hat.

? Sind die Gewerbetreibenden durch die drohenden Entlassungen bei den SK betroffen?

Brümmer: Jeder entlassene Sparkassenangestellte ist auch Konsument und Steuerzahler, ohne das menschliche Schicksal außer Acht zu lassen. Auch Ausbildungsplätze sind in Gefahr.

Fortsetzung Seite 7.

muss die vielseitig geübte Kritik ernst nehmen und zusammen mit den Sparkassenverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden einen verantwortbaren und zukunftsweisenden Gesetzesentwurf vorlegen.

Interview mit André Brümmer, stellv. Landesvorsitzender der AGSNRW und Mitglied des AGS-Bundesvorstands.

Die Aktion „Rettet die Sparkassen“ wird fortgesetzt. Weitere Infos für die Regio Aachen über André Brümmer: mail@andrebruemmer.de

Gefördert, beworben, und dann allein gelassen: Juli Zeh über die neuen Selbständigen und die Blindheit der Politiker.

Juli Zeh

Hauptwohnsitz: Zwischen den Stühlen

Bald ist wieder Wahlkampf. Wir freuen uns auf endlose Diskussionen über Pendlerpauschale, Mindestlohn und Erbschaftsteuer. Für ein paar Monate werden herbeizitierte Krankenschwestern, Feuerwehrmänner und Postboten die Medien bevölkern, vielleicht ziehen auch die Schatten satanischer Managergesichter vorbei. Wir werden manches hören über schwindende Mittelschicht, Risikogesellschaft und Alterspyramide. Währenddessen sitzen wir zu Hause und fragen uns, wen oder was wir wählen sollen.

Wer aber, liebe Sozialdemokraten aller Parteien, ist dieses „Wir“? Ein kleiner Tipp: Wir pendeln nicht, erben nicht und erhalten keine Mindestlohn-tüten. Unser Hauptwohnsitz heißt „zwischen den Stühlen“, weil wir in keiner der beiden politischen Doppelhaushälften für Arbeitnehmer (links) und Arbeitgeber (rechts) eine Adresse finden. Wir sind der mal lachende, mal weinende, jedenfalls immer unsichtbare Dritte.

Eigentlich müsste uns die Politik von früh bis spät Beifall klatschen. Brav sind wir ihrem Ruf in die Zukunft gefolgt. Seid fleißig, flexibel und mobil, hieß es. Eigen, aber verantwortlich. Schaut nicht nur aufs Geld, ein bisschen mehr Idealismus, bitte. Erwerbt Bildung und stellt euch nicht an, wenn euch keiner einstellt. Stellt euch einfach selber ein.

Machen wir alles, sind wir alles. Wir haben die Uni besucht oder eine Lehre absolviert. Weil es keine Jobs gab, haben wir uns welche erfunden und dabei gleich einen ganzen Arbeitsmarkt 2.0 gegründet. Unter uns gibt es Werbegraphiker, die eine Hundepension eröffnet haben. Juristen, die als Fahrradkuriere arbeiten, um die frischgebackene Anwaltskanzlei zu finanzieren. Es gibt Ein-Mann-Buchhandlungen, Kellnerinnen mit Yoga-Studio im Wohnzimmer, babysittende Webdesigner und feste Freie. Ehemalige Unternehmensberater, die Antiquitäten verkaufen. Wir arbeiten als Komponisten,



Weinhändler oder Journalisten und manchmal alles zugleich. Mindestens eine Sache verbindet uns: Wir alle wissen, dass Selbstständigkeit aus den Wörtern „selbst“ und „ständig“ besteht. Außerdem sind wir inzwischen ziemlich viele, und das nicht nur in Berlin.

Wer glaubt, hier solle nun ein Klagegedicht auf das Prekariat angestimmt werden, liegt falsch. Prekär haben nicht wir uns genannt, sondern andere, die irgendein Sommerloch mit uns stopfen wollten. Zugegebenermaßen gibt es unter uns wenig Superreiche, dafür ziemlich viele, die sich keinen Bausparvertrag leisten können. Aber den wollten wir ja auch gar nicht. Wir jammern weniger, als ihr denkt. Viele von uns sind mit ihren Leben vergleichsweise zufrieden, denn die Freiheit, über die gern inhaltsleer geschwafelt wird, ist, wenn man sie aushalten kann, tatsächlich ein hohes Gut.

Ein Rätsel bleibt, warum man erst so laut nach uns ruft und dann nichts mit uns anzufangen weiß. Nach wie vor hat die Gesellschaft keine Schubladen für uns. Aufgrund unseres schwankenden Einkommens wechseln wir die Steuerklassen wie Hemden und zahlen mächtig drauf, wenn wir nach drei mageren Jahren einmal mehr verdienen. Die Finanzämter überfrachten uns mit ihrem Nachweis- und Abschreibungswahn, für den wir keine Buchhaltungsabteilung besitzen. Keine Rentenkasse fühlt sich zuständig. Eine private Krankenversicherung kann sich manch einer nicht leisten, weshalb er eben gar keine hat, wenn ihn mangels Kunstschaffens die Künstlersozialkasse nicht nimmt. Die Genehmigungs- und Antragsbürokratie legt uns Steine in den Weg, falls wir „flexibel“ und „mobil“ etwas Neues ausprobieren wollen. Und kann einer wegen Krankheit ein paar Wochen nicht arbeiten, wird das schnell zu einem existentiellen Problem. Der Begriff „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“ gehört nicht zu unserem Vokabular.



Foto: aboutpixel.de, © snygo

Müssen wir erst eine private Volkszählung durchführen, damit ihr beurteilen könnt, ob sich ein bisschen Politik für unsere Wählerstimmen lohnt? Plötzlich redet ihr nur noch darüber, wie ihr uns möglichst bald in die Schäfchenherde der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückführen könnt. Als wären wir ein gesellschaftlicher Unfall, den es auszubügeln gilt. Aber vielleicht wollen wir ja frei sein, und zwar beruflich.

Gleichzeitig schwankt ihr in der politischen Selbstfindung zwischen ex-links und ex-rechts, sorgt euch um den Mittelstand und weint dem Arbeiter am Fließband bei Opel hinterher, für den es sich so schön die Faust schütteln ließ. Dabei wäre euch, liebe politische Szene, ebenso geholfen wie uns, wenn ihr euer bipolares Weltbild aus Angestellter hier und Unternehmer da um mindestens eine Dimension erweitern würdet. Dann würdet ihr feststellen, dass wir nicht nur konkrete Alltagsprobleme haben, für die man Politik machen kann, sondern auch Meinungen, die sich in der aktuellen Parteienlandschaft kaum verorten lassen. Nur weil wir keine Lobby besitzen, heißt das nicht, dass wir unpolitisch sind.

Wenn sich die Lage so weiterentwickelt, haben wir noch etwas, das für euch interessant sein müsste: eine Zukunft. Wir, liebe Politiker, werden mehr, ihr, so scheint's, irgendwie weniger. Da wäre es doch schön, wenn man demnächst einmal zueinander finden könnte. Vielleicht ja sogar im Wahlkampf. <

Juli Zeh wurde in Bonn geboren und studierte Jura in Passau und Leipzig, wo sie 1998 ihr 1. Staatsexamen machte. Ebenfalls in Leipzig studierte sie von 1996 bis 2000 am Deutschen Literaturinstitut (DLL), an das sie später als Dozentin zurückgekehrt ist.

Nach ihrem Diplom am DLL folgte 2003 das 2. Staatsexamen. Zahlreiche Auslandsaufenthalte, u.a. für die UN in New York und Krakau und vor allem in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina haben ihre Arbeiten geprägt.

Juli Zeh wurde für ihr Werk vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Deutschen Bücherpreis, dem Rauriser Literaturpreis, dem Hölderlin-Förderpreis und dem Ernst-Toller-Preis. Ihr erster Roman ADLER UND ENGEL ist mittlerweile in 29 Sprachen übersetzt.

Ihr Roman SPIELTRIEB wurde 2006 am Hamburger Schauspielhaus für die Bühne dramatisiert. ALLES AUF DEM RASEN versammelt ihre Essays zu Gesellschaft, Politik, Recht und Literatur, die in großen deutschen Zeitungen und Magazinen erschienen sind. Für die Rubrik Triennale 2007 schrieb Juli Zeh das Stück „Corpus delicti“, es ist ihr erstes Theaterstück.

Siehe auch: www.schoeffling.de



Foto: © David Finck,
www.davidfinck.de

Juli Zeh, geb. 1974, Schriftstellerin und Juristin. Ihre Bücher und Essays zeigen sie als scharfe Beobachterin. Im August 2008 erschien ihr erstes Kinderbuch „Das Land der Menschen“.

– Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Juli Zeh

EUROPA

**VORFAHRT FÜR KMU IN EUROPA:
DER „SMALL BUSINESS ACT“**

Die meisten Arbeitsplätze in der Europäischen Union werden von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gestellt, also von Unternehmen mit nicht mehr als 250 Beschäftigten. Obwohl sie eine Schlüsselrolle für die künftige Entwicklung spielen, stehen sie häufig vor enormen bürokratischen Hürden und Hindernissen. Die Europäischen KMU verdienen eine bessere Unterstützung, damit sie ihr Potenzial, langfristig nachhaltiges Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, voll ausschöpfen können. Zu diesem Zweck hat die Europäische Kommission den „Small Business Act“ für Europa vorgestellt, der auf 10 übergeordneten Grundsätzen basiert und in dem politische Maßnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden.



Manuel Barroso,
Kommissionspräsident

Dazu erklärte Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso: „Der heute vorgestellte **Small Business Act** ist ein Schritt auf dem Weg zu einem Europa der Unternehmer, in dem die 23 Mio. KMU, die es in der Europäischen Union gibt, nicht mehr die rote Karte sehen, sondern wo der rote Teppich für sie ausgerollt wird. Dadurch sollen sich Kleinunternehmen entfalten können und die besten unter ihnen die Starthilfe für einen erfolgreichen Einstieg in die Weltmärkte erhalten. Der **Small Business Act** ist ein entscheidender Meilenstein bei der Umsetzung der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung. Er bedeutet, dass Verwaltungsbehörden stärker auf KMU-Bedürfnisse eingehen, Zahlungen ohne Verzug geleistet werden, mehr Unterstützung in Finanzierungs-, Innovations- und Bildungsfragen erbracht wird, die Mehrwertsteuersätze für lokale Dienstleistungen ermäßigt werden und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtert wird. Dieses Paket eröffnet den KMU außerdem das Statut der Europäischen Privatgesellschaft; so wird Bürokratie abgebaut und es werden klarere Verhältnisse geschaffen.“



Günter Verheugen,
Kommissionsvizepräsident

Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen, der für die Politikfelder Unternehmen und Industrie zuständig ist, äußerte sich wie folgt: „Unternehmer und unternehmerische Initiative sind für unsere Gesellschaft von höchster Bedeutung. Heute schon sind es die KMU, die die berufliche Bildung leisten und Beschäftigungsperspektiven bieten; dies wird sich in Zukunft noch verstärken. KMU-Förderung bedeutet daher auch Förderung der Beschäftigung von heute und von morgen in der EU. Deshalb ist es höchste Zeit, dass ein KMU-freundliches Denken Einzug in sämtliche Politikfelder der EU hält. Mit dem **Small Business Act**, der unter der Devise **Vorfahrt für KMU** (Think small first) steht, setzen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten mit allen Kräften für die KMU-Förderung ein. Wir müssen hier alle an einem Strang ziehen.“

Der **Small Business Act** beinhaltet eine beachtliche Reihe von Maßnahmen, die den KMU dabei helfen sollen, den Binnenmarkt voll zu nutzen und internationale Märkte zu erschließen, indem mehr Mittel in die Finanzierung, die Forschung und Entwicklung sowie in die Innovation kleiner Unternehmen fließen. So können sie sich zudem leichter an Normungsarbeiten beteiligen, öffentliche Aufträge erhalten und Umweltprobleme in Geschäftschancen umwandeln.

Schließlich will der **Small Business Act** auch neue Wege aufzeigen, wie Interesse an der Tätigkeit als Unternehmer geweckt und unternehmerisches Denken besonders unter jungen Menschen gefördert werden kann. Potenzielle Jungunternehmer können nun Erfahrung sammeln, indem sie über das gerade angelaufene Programm „**Erasmus: Junge Unternehmer**“ eine Zeit lang in einem kleinen Unternehmen im Ausland arbeiten. Dies hilft, ihre Fähigkeiten auszubauen, und trägt zur Vernetzung zwischen europäischen KMU bei. Ähnliche Mobilitätsprogramme sind auch für Auszubildende geplant.

Der **Small Business Act** fügt sich nahtlos in die Strategie für Wachstum und Beschäftigung ein. Die Mit-



gliedstaaten sind dazu aufgerufen, ihn im Zuge der Aktualisierung des Lissabon-Zyklus 2008 in ihre nationalen Reformprogramme einfließen zu lassen.

Hintergrund

Obgleich 99 % der Unternehmen in der Union KMU sind (Unternehmen mit maximal 250 Beschäftigten

und einem Höchstumsatz von 50 Mio. EUR), wird in den meisten Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren nicht nach der Unternehmensgröße unterschieden. Das führt dazu, dass 23 Mio. KMU häufig dieselben Verwaltungsaufgaben erfüllen müssen wie die 41.000 Großunternehmen Europas. In den letzten Jahren haben KMU 80 % der neuen Arbeitsplätze in der Union geschaffen.

DAS EUROPÄISCHE KMU-PORTAL

Dieses Portal bietet Zugang zu Informationen über das gesamte Spektrum der Politiken, Rechtsvorschriften, Programme und Initiativen der EU, die für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Europas relevant sind. <

Weitere Informationen finden Sie unter:

> http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba_de.htm

Der Konsultationsbericht der Europäischen Investitionsbank ist zu finden unter:

> <http://www.eib.org/attachments/strategies/sme-consultation-2007-2008-en.pdf>

KMU-Finanzierung durch EU-Mittel:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/funding_de.htm

Sektorspezifische Politiken der EU:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/sectoral_de.htm

Europaweite Dienste:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/support_de.htm

Online-Hilfe:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/help_de.htm

International tätig werden:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/international_de.htm

Der KMU-Beauftragte der EU:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/envoy_de.htm

KMU-Politik in Europa:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/policy_de.htm

KMU und Innovation:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/innovation_de.htm

Förderung des Unternehmergeistes:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/promoting_de.htm

Der europäische Binnenmarkt:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/requirements_de.htm

KMU wettbewerbsfähiger machen:

> http://ec.europa.eu/enterprise/sme/competitive_de.htm

GUTES HANDWERK:**GUTES HANDWERK – GUTE BILDUNG**

Thomas Eiskirch Mdl.,
wirtschaftspolitischer
Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion

Handwerk ist nicht gleich Handwerk. Zu vielseitig sind die einzelnen Berufe, die sich unter dem Dach des Handwerks sammeln.

Handwerksberufe verändern sich fortlaufend – durch technische Entwicklungen oder neue Kundenwünsche.

Der Fächer der Handwerksberufe bietet den unterschiedlichsten

Talenten und Fähigkeiten Arbeit beziehungsweise Entfaltungsmöglichkeiten. Handwerk ist Dienst am Menschen und an der Gesundheit, Hightech und künstlerisches Gestalten.

In den letzten vier Ausgaben der AGS:NACHRICHTEN habe ich ein Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion vorgestellt, welches beschreibt, wie das Handwerk in Nordrhein-Westfalen unterstützt und gestärkt werden kann. Wir haben dafür fünf Handlungsfelder identifiziert. Im ersten Handlungsfeld haben wir ein „Scheckheft Handwerk“ entwickelt, welches Handwerksbetrieben konkrete, auf die individuellen Anforderungen des Handwerks zugeschnittene Förderinstrumente an die Hand geben soll. Im zweiten Handlungsfeld beschäftigen wir uns damit, wie mit Steuervereinfachung mehr Nachfrage nach Handwerksleistungen generiert werden kann. Um die Bedeutung öffentlicher Aufträge und deren Vergabep Praxis geht es im dritten Bereich, während sich der vierte mit Bildung und Ausbildung im Handwerk beschäftigt.

In dieser Ausgabe der AGS:Nachrichten stelle ich nun das fünfte und letzte Handlungsfeld vor, in dem wir uns Gedanken über gezielte Arbeitsmarktpolitik für das Handwerk machen.

Arbeitsmarktpolitik für das Handwerk

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Handwerks dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen in Industrie, Handel und Dienstleistungsbranche. Daher gelten auch für das

Handwerk die arbeitsmarktpolitischen Forderungen, für die sich die NRW SPD auf Bundesebene einsetzt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen von ihrer Hände Arbeit leben können. Daher fordern wir auch für alle Handwerksbereiche die Einführung eines Mindestlohns, der den Unternehmen einen fairen Wettbewerb ermöglicht, der nicht durch den niedrigsten Lohn entschieden wird. Unser Ziel ist und bleibt ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Branchen. Auf dem Weg dorthin werden wir die Möglichkeiten des Entsendegesetzes nutzen.

Auch für Leih- und Zeitarbeit im Handwerk gilt der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ Die maximale „Verleihzeit“ an einen Betrieb muss wieder begrenzt werden. Der oftmals nur auf dem Papier geltende Gleichstellungsgrundsatz für Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer muss ohne Abstriche durchgesetzt werden. Dazu gehört insbesondere, dass für Leiharbeiter die gleichen Tarife und Leistungen z.B. bei Sozialplänen oder Weiterbildungsangeboten gelten wie für die Stammbeschäftigten des Unternehmens.

Die NRWSPD ist für die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung. Zugleich sind wir offen für neue Formen der Mitarbeiterbeteiligung. Die Beteiligungsmodelle dürfen nicht exklusiv für Kapitalgesellschaften entwickelt, sondern auch auf die Bedürfnisse der im Handwerk tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugeschnitten werden.



Mit diesem 5. Teil endet unsere Serie „Perspektiven für Handwerksbetriebe in NRW“.

SPD BOCHOLT**CHRISTOPH PRIES BESUCHT „PATENKIND“ BEI DER FIRMA ELSINGHORST IN BOCHOLT**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Pries stattete dem traditionsreichen Bocholter Familienunternehmen G. Elsinghorst Stahl und Technik GmbH einen Besuch ab. Begleitet wurde er vom SPD-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Bocholt, Günter Spangenberg.

Anlass für den Besuch war die Ausbildungspatenschaft, die Christoph Pries für die Auszubildende Pamela Appelt vor einem Jahr übernommen hat. Das „Patenskind“ hat sich inzwischen gut im Erwerbsleben eingewöhnt, davon konnte sich Christoph Pries im Gespräch mit der Auszubildenden persönlich überzeugen. Bestätigt wurde dieser Eindruck durch die Geschäftsführer Annick und Hans-Christian vom Kolke. „Auch wenn ich bisher kaum gebraucht wurde, halte ich die Einrichtung von Ausbildungspatenschaften für eine sehr gute Idee“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete. „Es ist wichtig, wenn die Jugendlichen in schwierigen Situationen einen Ansprechpartner haben.“ Die beiden SPD-Politiker informierten sich bei ihrer zweistündigen Betriebsbesichtigung auch über die aktuelle Lage auf dem Stahlmarkt und über die derzeitige Ausbildungssituation. Christoph Pries zeigte sich hocherfreut über die Anstrengungen des Familienunternehmens: „17 Auszubildende bei einer Belegschaft von 170 Mitarbeitern, das ist ein ausgezeichnete Schnitt.“ <

SPD KLEVE & AGS KLEVE**GUTE DISKUSSION ÜBER „GUTES HANDWERK IN NRW“**

Der Kreis Klever Landtagsabgeordnete Bodo Wißen (SPD) führte jetzt seine Reihe „Wahlkreisgespräch“ in den Räumen der Stadthalle Kleve fort. Diesmal zum Thema „Handwerk“. Mitorganisator des Abends war Jörg Brandes, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD.

„Hundert Milliarden Euro Umsatz, knapp eine Million Beschäftigte in NRW und 3.600 Handwerksbe-

triebe allein im Kreis Kleve sind die Basis unserer Wirtschaft“, hoben Brandes und Wißen hervor. Eloquent erläuterte Thomas Eiskirch MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Vorstellungen der Sozialdemokraten zum Thema Handwerk. Grundlage war das „Scheckheft Handwerk“, ein freiwilliges Angebot an alle Handwerker, das Eiskirch erstmals überhaupt einem breiteren Publikum vortrug. Erarbeitet hatte er es unter anderem mit Vertretern von Handwerkskammern und Kreishandwerkerschaften aus dem ganzen Land. Premiere war jetzt in Kleve. In dem Scheckheft sind fünf Schecks enthalten: Der Bürgschaftsscheck, der Beratungsscheck, der Innovationscheck, der Bewertungsscheck und der Betriebsübergangsscheck. „Diese Schecks decken den gesamten Lebenszyklus eines Handwerksbetriebes von der Gründung bis zum Betriebsübergang ab“, erläuterte Eiskirch seine Vorstellungen. Kein Wunder, dass auch an diesem Abend in Kleve hochrangige Vertreter der Handwerkschaft des Kreises anwesend waren. So beteiligten sich an der anschließenden sehr rege und breit geführten zweistündigen Diskussion unter Moderation von Bodo Wißen MdL auch die vier anwesenden Obermeister sowie zwei Vorstandsmitglieder der Handwerkskammer Düsseldorf. Von der Evaluation der Handwerksordnung auf Bundesebene bis zu den Arbeitsbedingungen von Auszubildenden entwickelte sich das Tischgespräch zwischen Handwerk und Politik. „Ich habe viel gelernt und werde weiterhin den Kontakt zum Handwerk halten. Kritik und Anregungen des Handwerks werden wir mit in unsere Arbeit integrieren. Dass man dabei nicht immer einer Meinung ist und durchaus unterschiedliche Vorstellungen hat, gehört zur Demokratie“, resümierte Wißen. <



Bodo Wißen (MdL), Thomas Eiskirch (MdL), Jörg Brandes (AGS)

THOMAS EISKIRCH

HANDWERK UND MITTELSTAND BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG FÜR UMWELTFREUNDLICHE FUHRPARKS



Thomas Eiskirch Mdl

Eine „Initiative zur Fuhrparkverjüngung“ für das Handwerk fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Eiskirch. Hintergrund ist die Einführung von Umweltzonen in den Ruhrgebietsstädten ab dem 1.10.2008.

„Wer Umweltzonen einführt, muss den Betroffenen auch helfen, mit den Auswirkungen umzugehen. Hier ist die Landeregierung mit der landeseigenen NRW.Bank gefordert“, sagte Eiskirch. Die Erfahrungen mit der Umweltzone in Köln zeigten, dass viele kleine und mittelständische Gewerbetreibende die Innenstädte mit ihren älteren, gewerblich genutzten Fahrzeugen nicht mehr anfahren könnten.

„Um die umwelt- und gesundheitspolitisch notwendige Ausweisung von Umweltzonen ohne negative wirtschaftliche Folgen für Handwerk und Mittelstand vornehmen zu können, ist ein Förderprogramm zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen notwendig“, erklärte Eiskirch.

Insbesondere im Handwerk sei es nicht ungewöhnlich, dass Baustellen- und Spezialfahrzeuge sehr lange genutzt würden, im Einzelfall sogar über 20 Jahre. Bestehende Programme des Bundes, die den Erwerb von Nutzfahrzeugen mit mehr als 12 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht förderten, seien für das Handwerk und kleinere Betriebe oftmals keine Hilfe, da ihre Fahrzeuge meist kleiner und leichter seien. „Wir dürfen die betroffenen Handwerker und Unternehmer nicht im Regen stehen lassen! Wir brauchen dringend ein Förderprogramm der NRW.Bank, mit dem die Neuanschaffung von leichteren Nutzfahrzeugen gefördert wird.

Das hilft vor allem kleinen Betrieben und sichert viele Arbeitsplätze“, so Eiskirch. Die Praxis vieler Kommunen, Ausnahmegenehmigungen auszustellen, sei auf Dauer keine Lösung. „Es widerspricht dem Umwelt- und Gesundheitsschutz.“ <

TERMINE

**PROJEKT „BEST AGER“: UNTERNEHMER-FRÜHSTÜCKE
IM AKTIONSMONAT OKTOBER:**

Donnerstag, 16. Oktober, ab 8 Uhr

Unternehmer-Frühstück u.a. mit Jürgen Heidtmann vom Startercenter NRW zum Thema „Kostenfreier Personalservice für mittelständische Betriebe“.

Bottrop, Job-Club, HansasträÙe 15

Dienstag, 21. Oktober, ab 8 Uhr

Unternehmer-Frühstück u.a. mit Gerhard Rehberg, Ehrenbürger der Stadt, langjähriger Bürgermeister und Schalke-Präsident. Thema: „BEST AGER – Sonderprogramm für mittelständische Betriebe“.

Gelsenkirchen, Job-Club, Ebertstraße 20

Donnerstag, 23. Oktober, ab 8 Uhr

Unternehmer-Frühstück zum Thema „BEST AGER – Sonderprogramm für mittelständische Betriebe“, u.a. mit Hans Nimphius, langjähriger DGB-Vorsitzender in der Region Emscher-Lippe.

Gladbeck, Job-Club, Lambertistr. 4

Mittwoch, 29. Oktober, ab 8 Uhr

Unternehmer-Frühstück u.a. mit SPD-Generalsekretär **Mike Groschek** als Botschafter des Projektes BEST AGER in Oberhausen. Thema: „Sonderprogramme für mittelständische Betriebe bei der Einstellung älterer Arbeitssuchender“.

Oberhausen, Job-Club, Mülheimer Straße 243

Donnerstag, 23. Oktober, 18 Uhr

Sitzung des AGS-Landesvorstandes NRW

Gelsenkirchen, Job-Club, Ebertstraße 20

Dienstag, 28. Oktober, 19 Uhr

AGS-Arbeitsgruppe „Landtagswahl“

Nächste Sitzung der Arbeitsgruppe der Landes-AGS. Interessierte Mitstreiterinnen/Mitstreiter sind wie immer herzlich eingeladen. Weitere Infos über peter.schwertfeger@t-online.de.

Hausbrauerei Bönnte, Augustinessenstr. 4, 45657 Recklinghausen

Samstag, 15. November 2008

Zukunftskonvent der NRWSPD

Messe Essen, Congress Center West, Norbertstraße 56, 45131 Essen

KURZ NOTIERT

Urteil: Finanzämter müssen Firmen schärfer kontrollieren

Unternehmer müssen künftig mit deutlich schärferen Kontrollen der Finanzämter rechnen.

>>> mehr

Mitarbeiter-Führung: So delegieren Sie richtig

Viele Führungskräfte glauben, es geht nicht ohne sie. Dabei entlasten Sie sich selbst, wenn Sie Aufgaben delegieren – und motivieren zudem Ihre Mitarbeiter.

>>> mehr

Fördermittel-Urteil: Zuschuss auch für Gründungen im Ausland

Der Gründungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit steht auch Existenzgründern zu, die ihren Firmensitz im Ausland haben.

>>> mehr

Betriebsübergang: Neuer Arbeitgeber muss konkret benannt werden

Bei einem Betriebsübergang müssen die Angestellten die Identität ihres neuen Arbeitgebers kennen – sonst verschiebt sich die Klagefrist der Arbeitnehmer.

>>> mehr

Studie: Schlechtes Zahlungsverhalten von Großkonzernen bedroht Mittelständler

Große Unternehmen zahlen Rechnungen deutlich später als kleinere Unternehmen. Damit bedrohen sie die Liquidität Ihrer mittelständischen Lieferanten.

>>> mehr

Vorstellungsgespräch: 11 Tipps, wie Sie Ihren Bewerber besser einschätzen

Nicht nur die Chemie muss stimmen, wenn es um die Wahl Ihres neuen Mitarbeiters geht. Ein Fragenkatalog hilft Ihnen bei der Einschätzung Ihres Bewerbers im Vorstellungsgespräch.

>>> mehr

Urteil: Mehr Lohn nur gegen mehr Leistung

Eine Lohnerhöhung steht nur Arbeitnehmern zu, die auch veränderten Arbeitsbedingungen zustimmen.

>>> mehr

Einkommensteuer: Besserverdiener zahlen 80 Prozent der Steuern

Die Besserverdienenden in Deutschland kommen für den Großteil der Einkommensteuer auf: Ein Viertel der Steuerpflichtigen zahlt vier Fünftel der Einkommensteuer.

>>> mehr

Urteil: Lastschrift- und Barzahlungen sind Insolvenz-sicher

Im Insolvenzfall eines Kunden müssen Sie Einnahmen nicht zurückzahlen, wenn sie per Lastschrift oder bar abgewickelt wurden.

>>> mehr

Kreditvergabe: Kleinere Firmen kommen schwerer an Kredite

Klein- und Kleinst-Unternehmen haben große Schwierigkeiten, einen Kredit zu erhalten.

>>> mehr

Untersuchung: Franchise-Nehmer scheitern öfter als normale Gründer

Junge Männer mit Branchen-Erfahrung sind die erfolgreicherer Gründer. Geringere Erfolgsaussichten haben dagegen Franchise-Gründungen und Gründungen nach längerer Arbeitslosigkeit.

>>> mehr

Übersicht: Das ändert sich bei Ihrer Entgelt-Abrechnung durch das Jahressteuergesetz 2009

Die Änderungen durch das Jahressteuergesetz 2009 betreffen viele Bereiche. Was Sie bei Ihrer Entgelt-Abrechnung erwartet, lesen Sie hier.

>>> mehr

Studie: Starre Arbeitszeiten schwächen Mitarbeiter

Je unflexibler die Arbeitszeiten und -orte, desto eher leiden Angestellte unter Burn-out-Symptomen.

>>> mehr

(U.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

PERSÖNLICHES

Frank Baranowski, Oberbürgermeister in Gelsenkirchen, wird mit einem sensationellen Votum von der Gelsenkirchener SPD erneut ins Rennen als Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl geschickt. Beim Nominierungsparteitag erhielt Frank Baranowski von 202 Delegierten 201 Ja-Stimmen und lediglich eine Enthaltung. +++ **Peter Schumann**, AGS'ler und Vorsitzender im SPD-Ortsverein Minden-Haddenhausen, hat gemeinsam mit den Jusos ein interessantes Diskussionspapier zur Rententhematik entwickelt. Alle, die sich dafür interessieren, können sich direkt mit Peter Schumann (Peter.Schumann@spd-online.de) in Verbindung setzen +++ **Josef Gietemann**, AGS'ler aus Kleve, vertrat bei der dortigen Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes mit Franz Müntefering die SPD-Ratsfraktion Kleve. Gietemanns Eindruck zu Münteferings Vortrag: „Der Franz bringt die SPD weiter nach vorn. Er sagt, was er denkt und fühlt.“ +++ **Mike Groschek**, Oberhausener MdL und SPD-Generalsekretär in NRW, fungiert als „Botschafter“ für das BEST AGER-Projekt in Oberhausen.



Das Projekt, in das auch Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck eingebunden sind, will als Beschäftigungspakt für ältere Arbeitssuchende im Revier die Integration Älterer in den Arbeitsmarkt intensivieren. Seine „Botschafter-Kollegen“ sind in Gladbeck **Hans Nimphius**, langjähriger DGB-Kreisvorsitzender, in Bottrop **Jürgen Heidtmann**, Chef des dortigen Startercenters NRW und in Gelsenkirchen **Gerhard Rehberg**, viele Jahre Bürgermeister der Stadt und Schalke-Präsident. +++ **Cay Süberkrüb** (53), Stadtkämmerer in Herten und profilierter Kommunalexperte, ist als SPD-Landratskandidat für den Kreis Recklinghausen gewählt worden. Süberkrüb gilt als Unterstützer des wirtschaftlich tätigen Mittelstandes in der Region.

BEST AGER 50PLUS

INFORMATIONSDIENST FÜR UNTERNEHMEN MIT PERSONALBEDARF ZUM DOWNLOAD

Als Netzwerkkoordinator für das Projekt „BEST AGER – Der Beschäftigungspakt für Ältere im Revier“ in Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop und Oberhausen erstellt die GAFÖG (Gelsenkirchener Arbeitsförderungsgesellschaft) einen Informationsdienst für Unternehmen mit Personalbedarf.

Die aktuelle Ausgabe von „Info EXTERN“ (Ausgabe Oktober 2008, PDF, 679 kB) steht unter der Adresse www.ags-in-nrw.de/downloads/gafoeg/InfoEXTERN_0810.pdf zum Download zur Verfügung. Falls Sie den kostenlosen Informationsdienst in Zukunft regelmäßig erhalten möchten, wenden Sie sich bitte an **Detlev Kühn** (Projektleiter), eMail: kuehn@gafoeg.de. <

PRAXISLEITFADEN ERSCHIENEN

GUTER MITTELSTAND: ERFOLG IST KEIN ZUFALL

Das IfM Bonn hat mit den Partnern BC GmbH Forschungs- und Beratungsgesellschaft, Wiesbaden, dem RKW Eschborn sowie der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft im Auftrag des Initiativkreises „INQA-Mittelstand“ einen praxisorientierten Leitfaden für kleine und mittlere Unternehmen entwickelt. Ziel war es, darzustellen, wie erfolgreiche mittelständische Unternehmen ihre Organisation und Arbeit gestalten, und so einen allgemein akzeptierten Standard für gute Arbeits- und Organisationsgestaltung zu setzen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen finden hier Anregungen und Ideen. Den Leitfaden „Guter Mittelstand: Erfolg ist kein Zufall“ können Sie hier herunterladen:

> <http://www.guter-mittelstand.de>

Bis zur nächsten Ausgabe,

Gerhard Teulings
AGS-Landesvorsitzender